

Duisburg, 16.01.2014

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Link,

in den letzten Monaten haben wir wiederholt Äußerungen von Ihnen zum Thema Zuzug aus Süd-Ost-Europa in den Medien zur Kenntnis nehmen müssen, die aus unserer Sicht, ob gewollt oder nicht, plumpen Stammtischparolen Auftrieb geben.

So werden Sie am 11.10.2013 wie folgt zitiert: „Auch müsse die Bundespolitik rechtliche Rahmenbedingung, etwa für ein Wiedereinreiseverbot für Straftäter schaffen, "die die Städte in die Lage versetzen, gegen Missbrauch vorzugehen.""

Eine solche Forderung entspricht einer Ungleichstellung eines Menschen vor dem Gesetz aufgrund seiner Herkunft oder Nationalität und steht damit diametral im Gegensatz zum Grundgesetz. Kurz: Eine solche Aussage untermauert rassistisches Gedankengut und motiviert Rechtsextreme zu Gewalttaten. Im Übrigen entspricht diese Forderung im Kern einer Partei, gegen die ihre Parteifreunde im Bundesrat einen Verbotsantrag gestellt haben. Mit Recht!

Doch damit nicht genug. Am 1.1.2014 werden Sie im Zusammenhang mit dem Zuzug von EU-Bürgerinnen und -Bürgern. mit den Worten zitiert: „Jetzt sind wir wesentlich besser gewappnet“. Damit stellen Sie diese Menschen in unseren Augen wie eine bevorstehende Naturkatastrophe, quasi als Tsunami dar, gegen die es sich zu wappnen gilt. Dies reiht sich ein in Äußerungen in der Fernsehsendung „Stern TV“, bei der Sie ausschließlich über die prognostizierten Kosten, also von Immigration als Problem, sprachen. Damit schüren Sie unnötig Ängste, Ablehnung und Hass.

Nun lassen Sie sich wiederum am 10.01.2014, von Radio Duisburg und dem WDR zitieren, dass Sie ein EU-Urteil, nach dem alle EU-Bürger selbstverständlich das Recht auf die jeweilige Sozialhilfe des Landes haben, in dem Sie leben, nicht verstehen können. Was ist denn daran nicht zu verstehen, dass ein Mensch das Recht auf Leben und Gesundheit hat? Der Grundlegendste und deshalb unter § 1 im Grundgesetz geschriebene Satz lautet: „ Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Mit ihren fehlerhaften Unterstellungen, die Menschen kämen für Kinder- und Sozialgeld, gießen Sie Wasser auf die Mühlen der Menschenfeinde und entwürdigen diese Menschen. Würden Sie Familie, Heimat und soziales Umfeld für 384 € aufgeben?

Die Verweigerung von Zahlungen, die nach dem Bundesverfassungsgericht das Minimum für eine halbwegs erträgliche Existenz sind, an Zugezogene, wirft diese Menschen nicht nur in bitterste Armut, sondern verursacht, die uns allen bekannten Probleme im Umfeld.

Nicht die Zuwanderer sind an der finanziellen Lage der Stadt Schuld. Bund und Land sind in der Pflicht, unsere Stadt zu unterstützen.

Wir fordern, dass alle in Duisburg lebenden Menschen eine vernünftige Wohnung bekommen und nicht in menschenunwürdigen Behausungen leben müssen. Wir fordern, dass sie Zugang zu Bildung bekommen, insbesondere ihnen der Erwerb der deutschen Sprache ermöglicht wird. Wir fordern, dass sie die gleiche Möglichkeit, wie alle anderen Mitbürger_innen unserer Stadt, bekommen, einer geregelten Arbeit, bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit, nachzugehen. Wir fordern, dass allen Menschen der Zugang zur Stadtgesellschaft ermöglicht wird.

Zusammengefasst: Wir fordern eine menschenwürdige, offene und solidarische Willkommenskultur.

Wenn diese Willkommenskultur beherzt gelebt wird, dann wird auch die derzeitige Immigration zu dem, was jede vorherige wurde: Zu einer Bereicherung für die Stadt.

Wir fordern Sie deshalb auf:

Arbeiten Sie mit uns, mit den Menschen der Stadt, für eine neue Willkommenskultur und für eine solidarische Stadt.

Vermeiden Sie Äußerungen, die Menschenverachtung, Angst, Ablehnung und Hass schüren könnten. Selbst dann, wenn sie so nicht gemeint sind.

Mit freundlichen Grüßen

Edith Fröse

Daniela Zumpf

Kreissprecherinnen DIE LINKE.Kreisverband Duisburg